

DEUTSCHLAND IN DEN AUGEN DER WELT | VON JOCHEN MITSCHKA

Posted on 29. Februar 2024

*Ein Standpunkt von **Jochen Mitschka**.*

In der letzten Woche beschrieb ich, was meiner Meinung nach eine Demokratie in Deutschland ausmacht, was wohl eher durch die so genannte repräsentative deutsche Demokratie nicht erfüllt wird. Diese Woche will ich von Beispielen berichten, wie das Ausland Deutschland in der derzeitigen Situation sieht. Beginnen wir mit Indien.

Deutschland und die NATO

Der indische Ex-Diplomat M.K. Bhadrakumar titelt einen Beitrag mit *„Deutschland schwimmt oder sinkt mit der NATO“*. Er beginnt damit, zu erklären, dass es keine bessere Metapher für die Charakterisierung der NATO gebe, als die, mit der ein chinesischer Analyst auf die Äußerungen des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg reagierte, in der er erklärte, dass der Westen keinen Krieg mit Russland anstrebe, müsse sich aber *„auf eine Konfrontation vorbereiten, die Jahrzehnte dauern könnte“*.

Der chinesische Kommentator verglich Stoltenberg mit dem Chef eines Bestattungsunternehmens, *„einem Ladenbesitzer für Särge und Schatullen, der in Friedenszeiten kein Geld verdient. Wie ein Bestattungsunternehmen braucht die NATO Konflikte und Blutvergießen, um Geld zu verdienen. Also verbreitet sie Angst und Panik, um sicherzustellen, dass ihre Mitgliedsländer weiterhin militärische Mittel beisteuern.“*

Bhadrakumar berichtet, dass Stoltenbergs Bemerkung in einem Interview mit der Welt am Sonntag am 10. Februar erschienen war, kurz nach dem berühmten Interview des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit Tucker Carlson. Einem Interview, in dem der Kreml signalisierte, dass Russland Verhandlungen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine **nicht** ablehne. Dann erklärt der Autor: *„Stoltenberg sprach zweifelsohne für das Pentagon“* (1).

Moskau, so der Artikel weiter, das in diesem Krieg eine unangreifbare Position erreicht habe, sei nicht an einer Ausweitung des Krieges interessiert, um seine Ziele zu erreichen, da Russland schließlich mit dem Westen koexistieren müsse.

Putins "Botschaft" durch das Interview sei, dass Russland für einen Dialog offen ist, was Washington wohl

auf dem falschen Fuß erwischt habe. Zum einen werde die Aufmerksamkeit der Biden-Administration von der Israel-Palästina-Krise beherrscht. Über Jahre waren von Awdijiwka aus immer wieder willkürliche Bombardierungen von zivilen Zielen in Donezk durchgeführt worden, weshalb für Russland die Eroberung von hoher Wichtigkeit ist. In politischer Hinsicht zeige der Erfolg auch, dass die russischen Streitkräfte derzeit auf der gesamten, fast 1000 km langen Frontlinie auf dem Vormarsch sind. Das ukrainische Militär habe in Awdijiwka eine schwere Niederlage erlitten.

Biden habe Probleme damit, die Ukraine weiter mit Geld und Waffen zu versorgen. Der Weg im US-Kongress in Richtung eines militärischen Hilfspakets für die Ukraine sei ungewiss, erklärt Bhadrakumar. Das Haupthindernis sei das Repräsentantenhaus, in dem die Republikaner die Mehrheit haben.

In der Zwischenzeit, so der Artikel weiter, deuteten die Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof zu Trumps Kandidatur darauf hin, dass das Gerücht, er könne von der Präsidentschaftskandidatur ausgeschlossen werden, nur Wunschdenken sei. Damit müsse man Trump schon heute als mutmaßlichen Kandidaten der Republikaner sehen. Und in den Umfragen baue Trump seinen Vorsprung vor Joe Biden aus.

Sie meinen „Thema verfehlt, was hat das mit Deutschland zu tun?“. Nun die Antwort ergibt sich aus der Konsequenz der folgenden Aussagen:

Diese Entwicklung hat natürlich zur Folge, dass die Finanzströme in die Ukraine abebben. Und Bhadrakumar meint, dass sich unter den Befürwortern der Ukraine in Europa Trübsinn breit mache, nachdem sie endlich festgestellt hätten, dass Kiew den Krieg nicht gewinne.

„Der Stellvertreterkrieg des Westens ohne ein klar definiertes Kriegsziel bedeutet, dass es auch keine Ausstiegsstrategie gibt.“ (1)

Ein Sieg Trumps würde die europäischen Partner in arge Bedrängnis bringen. Die Schließung der Finanzierungslücke durch Europa werde höchst problematisch sein. Die USA haben bisher 71,4 Milliarden

Euro zugesagt, mehr als die Hälfte davon in Form von Militärhilfe. An zweiter Stelle stehe Deutschland mit 21 Milliarden Euro, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 13,3 Milliarden Euro. An vierter Stelle steht Norwegen. Das Paradoxe daran sei, so Bhadrakumar, dass die drei größten europäischen Geber alle NATO-Mitglieder sind, während nur Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist.

Deutschland sei nicht groß genug, um die von den USA hinterlassene Lücke allein zu füllen. Das größte Hindernis für eine gemeinsame europäische Antwort sei jedoch die fehlende gemeinsame Basis zwischen Frankreich und Deutschland. Die besondere deutsch-französische Beziehung sei weitgehend zu einem historischen Artefakt geworden.

Die beiden EU-Giganten verfolgten unvereinbare wirtschaftliche Strategien - in der Steuerpolitik und bei der Kernenergie - und ihre Volkswirtschaften entwickeln sich auseinander, ebenso wie ihre Politik und ihre Verteidigungsstrategien.

Mit anderen Worten, während Deutschland sich durch die Sanktionen nicht nur ins Bein schoss, sondern beide Beine amputierte, versucht Frankreich durch einen Ausbau der Kernenergie die Nachteile für die französische Industrie auszugleichen. Was allerdings nicht einfach werden wird, wenn die erhöhten Kosten für Kernbrennstoffe wegen des Putsches im Niger bis auf die Strompreise durchschlagen werden, nachdem sich die Sahel-Zone von den kolonialen Fesseln durch drei Militärputsche beginnt zu lösen.

Zurück zu Bhadrakumar, der berichtet, dass Bundeskanzler Olaf Scholz die deutsche Verteidigungszusammenarbeit neu ausgerichtet habe, weg von Frankreich und hin zu den USA. Der Machtkampf zwischen den beiden größten Mächten der EU, der seinen Ursprung in der mangelnden Chemie zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und Scholz habe, sei zu einem Streit eskaliert, der sich in zwei unterschiedlichen Visionen von der Welt manifestiere.

„Macrons Konzept der ‚strategischen Autonomie‘, das Europa dazu auffordert, sich in wichtigen Bereichen, die ihm politischen Einfluss verschaffen könnten, nicht auf externe Mächte zu verlassen, reibt sich an Deutschlands historischer Abhängigkeit vom amerikanischen Militärschirm (den Frankreich nicht benötigt).“

Nach einem Treffen mit Biden im Weißen Haus in Washington am 9. Februar sagte Scholz: „Lassen Sie uns nicht um den heißen Brei herumreden: Die Unterstützung der Vereinigten Staaten ist unverzichtbar, wenn die Ukraine in der Lage sein soll, sich selbst zu verteidigen.“ Scholz sprach sich nachdrücklich für eine Aufstockung der militärischen Hilfe für die Ukraine aus und betonte, es sei unbedingt notwendig, ein „sehr klares Signal“ an Putin zu senden.“ (1)

Bhadrakumar beschreibt den deutschen Bundeskanzler als Hardliner gegen Russland, der sich eindeutig für eine große und lange anhaltende finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine einsetzt.

Er meint, dass mit der Aufheizung der Kriegsstimmung durch Deutschland, die Bundesregierung versuche, die Relevanz und finanzielle Stabilität der NATO durch den Konflikt in der Ukraine aufrecht zu erhalten.

Biden habe auf Scholz „*schnurrend wie eine Katze, die Freude zeigt*“ reagiert. Als nächstes werde Biden am 12. März Polens Präsident Andrzej Duda und Premierminister Donald Tusk zu einem Treffen in Washington empfangen. Die USA verstärkten ihre Koalition mit Deutschland und Polen für die nächste Phase des Ukraine-Krieges. Frankreich stehe draußen und schaue zu, während Großbritannien im Koma liege.

Dann betont der Autor noch einmal: Während der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskij sich der Illusion hingabe, diesen Krieg gewinnen zu können, glaube die NATO, dass sie alles tun werde, was nötig ist. Aber das Geld des Leichenbestatters gehe zur Neige, und weitere Geschäfte hingen von der Verlängerung des Krieges ab.

Der Schleier des westlichen Narratives habe sich gelüftet - in diesem Krieg ging es nie um die Ukraine. Das Feindbild Russland sei zum Eckpfeiler der Existenz und Funktion der NATO geworden.

Es liege sicher nicht im deutschen Interesse, sich von einem Leichenbestatter belehren zu lassen. Der bekannte deutsche Redakteur Wolfgang Münchau habe kürzlich über "*eine allgemeine Orientierungslosigkeit in Deutschland, die mit dem geopolitischen und gesellschaftlichen Wandel einhergeht*" geschrieben. Und ebenso

über die schwächelnde Wirtschaft, die stattfindende Deindustrialisierung und das Fehlen einer postindustriellen Strategie für das Land.

Die europäischen Interessen, so der indische Ex-Diplomat, liegen eindeutig darin, die eigene Verteidigung zu schultern und Frieden mit Russland zu schließen, um sich auf die Wirtschaft zu konzentrieren. Die Deutschen selbst stünden diesem Krieg zwiespältig gegenüber. Scholz sei kein Mann mit Charisma oder großen Ideen, habe auch Münchau festgestellt, und die deutsche Öffentlichkeit vertraue ihm nicht mehr. Aber es gebe auch *"das tiefere Problem: Es ist nicht wirklich Scholz. Es ist, dass Deutschland viel schwieriger zu regieren geworden ist."*

Ob das etwas damit zu tun hat, dass die Menschen durch Corona und die vielen Lügen der Vergangenheit kritischer geworden sind? Jedenfalls wird genau dieses Thema auch in Politico thematisiert, in dem James Angelos über Deutschlands böses politisches Erwachen berichtet, und die Meinung vertritt, dass die Innenpolitik des Landes ausgerechnet in eine Schieflage gerate, da Berlins Führung, gemeint ist seine Wirtschaftsmacht und Waffen, auf der Weltbühne, gemeint ist durch die Globalisten, am meisten gebraucht werden könnte.

Deutschlands Führungsrolle?

Der Artikel enthält einige Fehler, an denen man erkennt, dass er in erster Linie aus einer unkritischen Analyse der Mainstream-Medien resultiert. So werden die „Demonstrationen gegen Rechts“ sinngemäß als Aufstand der „Anständigen“ gegen Rechtsextremismus beschrieben, und die angebliche Verschwörung zur Ausweisung von Menschen aus Deutschland als gegeben dargestellt. Aber einige Aussagen sind durchaus realistisch.

„Gleichzeitig schwindet das Vertrauen in die Fähigkeit der etablierten Parteien, die gewaltigen Probleme des Landes zu bewältigen. Deutschlands linke Dreierkoalition, die von Querelen und einer selbstverschuldeten Haushaltskrise heimgesucht wird, ist eine der unbeliebtesten in der deutschen Nachkriegsgeschichte - so wie Scholz einer der unbeliebtesten Bundeskanzler ist. Umfragen zeigen, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen rapide sinkt: Nur noch 13 Prozent der Deutschen vertrauen laut einer aktuellen Umfrage den

politischen Parteien.“ (2)

Die anhaltend hohe Unterstützung für die AfD deute auf eine tiefe Spaltung hin, analysiert der Autor, was das Regieren im Land zunehmend schwieriger mache. Die politische Zersplitterung werde durch das Auftauchen neuer „*populistischer Parteien*“ wie der Sahara-Wagenknecht-Allianz verschärft, die Anfang des Monats von Wagenknecht, einer ehemaligen linken Ikone, gegründet wurde und traditionelle linke Positionen mit einer restriktiven Migrations- und Asylpolitik kombiniere - und engere Beziehungen zu Moskau befürworte.

Dann berichtet der Artikel über zunehmende Proteste und Demonstrationen und zitiert durchaus repräsentative Ansichten der Demonstranten.

Deutschlands Aufruf zum Krieg gegen Russland

Im Anti-Spiegel wird oft die Sicht auf Deutschland aus Russlands Perspektive berichtet (3). Und so war am 22. Februar dort zu lesen, dass die CDU zum Krieg gegen Russland aufrufe. Und zwar von der CDU, die als ziemlich sichere zukünftige Kanzlerpartei gelten kann. Der Autor Thomas Röper berichtet über drei Anträge im Bundestag zum Ukraine-Konflikt. Der Antrag der CDU sei zwar abgelehnt worden, aber da man ziemlich sicher davon ausgehen kann, dass auf Grund der erodierenden Zustimmung zur SPD, die CDU die zukünftig Politik Deutschland bestimmen werde, sollte man einen Blick auf den Antrag werfen, denkt man sich in Russland.

Röper erklärt, dass sich der Antrag der CDU/CSU (4) wie eine Kriegserklärung an Russland lese. Dieser Antrag enthalte 28 Forderungen, von denen er drei als ausreichend ansieht, um seine Meinung zu belegen. Da ist gleich die erste Forderung, die er zitiert:

„Russland als existentielle Bedrohung anzuerkennen, der Bevölkerung transparent die daraus abgeleiteten Herausforderungen zu erläutern und dadurch ein Bedrohungsbewusstsein zu schaffen“ (3)

Röper stellt fest, dass Russland niemals Deutschland gedroht habe, und es auch kein Interesse zeige, gegen

Deutschland vorzugehen. Es gebe keine strittigen Grenzfragen, und Russland habe sich nie aggressiv verhalten. Stattdessen sei Russlands Interesse immer gewesen, Deutschland seine billigen Rohstoffe zu verkaufen. Und es sei auch nicht Russland gewesen, das den Wirtschaftskrieg begonnen habe. Stattdessen sei Deutschland aber eine treibende Kraft gewesen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Russland habe seit Willy Brandt immer erklärt, Interesse an guten Beziehungen zu Deutschland zu haben. Dann führt der Autor aus, warum der zweite Teil des Satzes noch größeren Sprengstoff enthält:

„Noch wichtiger ist jedoch der zweite Teil dieser Forderung, denn wenn die CDU/CSU davon spricht,

„der Bevölkerung die daraus abgeleiteten Herausforderungen zu erläutern und dadurch ein Bedrohungsbewusstsein zu schaffen“, dann ist das eine Umschreibung dafür, dass die Regierung anti-russische Kriegspropaganda betreiben soll. Die deutsche Öffentlichkeit soll gegen Russland eingeschworen werden und es soll mit Angst regiert werden, indem Russland als Bedrohung dargestellt werden soll.“ (3)

Man kann den Gedanken nicht verdrängen, dass offensichtlich das erfolgreiche Corona-Konzept nun wieder verstärkt zum Tragen kommen soll. Statt Masken Bunkerbau, statt Impfungen Wehrdienst, statt Lockdowns Manöver und Übungen? Und alles unter den Kriegstrollen der Medien, die statt Zero-Covid und Ausgrenzung der Ungeimpften nun Angriffe auf russisches Kernland fordern.

Im weiteren Text geht Röper dann darauf ein, wie der Westen sein heiligstes aller eigenen kapitalistischen Rechte, das Eigentumsrecht schlachte, indem er russisches Eigentum stiehlt.

Daraus folge, dass sich in Russland niemand dem Glauben hingabe, dass es unter der nächsten deutschen Regierung vielleicht zu besseren Beziehungen zwischen den Ländern kommen könnte. Was Jahrzehnte der mühsamen Arbeit von Industrie und Wirtschaft, auf dem russischen Markt Fuß zu fassen, zunichte macht, und asiatische Konkurrenten Deutschlands sehr begrüßen werden, möchte man hinzufügen.

Interessanterweise, so berichtet Röper, haben alle „staatstragenden“ politischen Parteien im Bundestag

gegen den einzigen vernünftigen Antrag, den der AfD gestimmt, mit dem der Diebstahl russischen Vermögens verhindert werden soll. Mit dem Diebstahl russischen Vermögens wird der Wirtschaftskrieg gegen Russland weiter eskaliert, allerdings, das möchte man hinzufügen, ohne Chance auf einen „Gewinn“, denn Russland hat durchaus Möglichkeiten, um sich an westlichen Vermögenswerten in Russland gütlich zu tun. Und gleichzeitig wird mit einem solchen Vorgehen das Image Deutschlands und des Westens insgesamt so dramatisch geschädigt, dass man davon ausgehen kann, dass dies erheblichen Einfluss auf zukünftige Investitionen aus Asien oder dem Nahen Osten haben wird. Denn jedes Land, und jeder Investor aus Ländern, die nicht zum unmittelbaren harten Kern der US-Vasallen gehören, müssen nun jederzeit damit rechnen, ihr Eigentum zu verlieren.

Röper berichtet in einem anderen Artikel, welches Echo die Münchner Sicherheitskonferenz findet. Man kann davon ausgehen, dass der durchschnittliche russische Medienkonsument besser informiert sei über diese Konferenz westlicher „Verteidigungspolitiker“, als der durchschnittliche deutsche Medienkunde. Der von Röper übersetzte Artikel sei zum Lesen empfohlen, ist es doch recht amüsant, einen solchen Artikel (5) aus Russland zu lesen, wenn man berücksichtigt, dass Deutschland „Putin in die Knie“ zwingen wollte. Hier nur ein Absatz, der nach einer lockeren Beschreibung der Vorgänge, die kurze Interpretation der Geschichte aus russischer Sicht betrifft:

„Die Europäer sind nicht kriegsbereit. Sie empfinden die Ukraine-Krise nicht als ihren Krieg. Dieses Gefühl versucht das transnationale politische Establishment, dessen Elite sich jedes Jahr Mitte Februar in München versammelt, der Gesellschaft nun gegen den Willen der Mehrheit aufzuzwingen. Die Realität des Bayrischen Hofes und die Realität der europäischen Straße mit ihren Forderungen nach Frieden, einem normalen und sicheren Leben, Protesten gegen selbstmörderische Sanktionen und grüne Experimente haben praktisch keine Berührungspunkte mehr.“ (5)

Diese Interpretation der Situation basiert auf Umfragen, welche durch die Konferenz selbst vor derselben in Auftrag gegeben worden war, und ergab, dass Russland bei den Deutschen erst an siebter Stelle und bei Italienern an zwölfter Stelle im Ranking der gefühlten Bedrohungen lag.

Beihilfe zum Völkermord

Die Unterstützung des vermutlichen Völkermordes in Gaza durch Israel hat weitere Staaten auf den Plan gerufen, welche nun vor dem IGH auch gegen Deutschland vorgehen. Was ziemlich eindeutig erklärt, welche Meinung nunmehr viele Staaten von Deutschland haben. Eine Verurteilung würde Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe nach sich ziehen, auch wenn es nichts mehr an den Morden ändert.

Noch interessanter ist aber die Tatsache, dass nun Mitglieder der deutschen Regierung auch vor deutschen Gerichten wegen Beihilfe zum Völkermord angezeigt wurden. Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner und Olaf Scholz wurden nicht nur auf Grund von Munitions- und Waffenlieferungen wegen „Beihilfe zum Völkermord“ angezeigt, sondern auch wegen der diplomatischen Unterstützung Israels, und natürlich wegen der physischen Beihilfe durch eingestellte Hilfszahlungen an die UNRWA. Angezeigt werden sie von einer Gruppe deutscher Anwälte im Namen von deutsch-palästinensischen Familien mit Angehörigen im Gaza-Streifen.

Es wird interessant sein zu sehen, wie sich der Generalbundesanwalt, bei dem die Anzeige eingereicht wurde, winden wird. Aber wir kennen ja den Einfallsreichtum, wenn zum Beispiel angeblich das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges nicht zum Tragen kommt, wenn man sich „nur“ an einem bereits laufenden Angriffskrieg beteiligt. Oder wie man an der Antwort auf eine Anzeige wegen der Beteiligung am Angriffskrieg gegen Syrien sehen konnte (6).

Aber diese Anzeige wird sicher Druck auf die Regierung ausüben. Sie scheint überhaupt nicht zu begreifen, in welche dramatische Situation sie sich durch die Kriegstreiberei in der Ukraine und der bedingungslosen Unterstützung Israels manövriert hat. Zu überzeugt scheint man, zu überheblich glaubt man an die totale Kontrolle der Säulen der Gewaltenteilung (7) durch den Parteienkonsens.

Aber die Tatsache, dass die deutsche Politik immer mehr Souveränität abgegeben hat, um sich selbst vor dem Wähler nicht rechtfertigen zu müssen, könnte nun gegen die Parteien zurückfallen. Denn wenn auch deutsche Gerichte sich weigern, deutsche Politiker zu verurteilen, so gibt es europäische und andere

internationale Gerichte, die durchaus anderer Meinung sein könnten. Wenn das einmal bis zu den Führungskreisen der Politik durchgedrungen ist, könnte sich leicht Panik ausbreiten.

Aber davor hat die Regierung natürlich die Möglichkeit zu versuchen, doch noch vom Völkermordwagen abzuspringen, indem sie sagt: „*Das hatten wir nicht erwartet*“. Dann gibt es immerhin noch Anklagen, in denen darüber diskutiert werden wird, ob es nun „*bedingter Vorsatz*“ (ich wusste, dass es schief gehen könnte, tat es trotzdem) war, oder „*fahrlässig*“ (hatte nicht damit gerechnet). Was ein wichtiger Unterschied im Strafrecht ist. Man hört schon den Ausruf „*das konnte doch keiner ahnen*“, worauf ich dann gerne den Richtern mein Buch von 2019 zur Verfügung stelle, in dem genau vor dem derzeit zu beobachtenden Szenario gewarnt wird. In keinem Fall allerdings ist Deutschland vor Entschädigungsforderungen sicher.

Fazit

Gerade kursiert im Internet ein Video, in dem zu sehen ist, wie sich ein US-Soldat aus Protest gegen den Völkermord in Gaza öffentlich verbrennt. Solche Aktionen hatten schon einmal arabische Frühlinge eingeleitet, werden aber in der heutigen verrohten Welt von Israel nur sarkastisch mit „*unsere Feinde töten sich schon selbst*“ kommentiert. Warum Aaron Bushnells Suizid der palästinensischen Sache sogar schaden könnte, beschreibt Andrew Korybko (9). Aaron sagte, er sei mitschuldig am Genozid, obwohl er persönlich nichts damit zu tun hatte, er also eine Kollektivschuld bestätigte, was aber genau die Propaganda Israels bestärkt, nach der alle Menschen in Gaza schuldig für die Taten der Hamas seien. Ich werde nun auch aufhören von „UNS“ zu schreiben, wenn es eigentlich nur eine die Menschen verachtende Elite ist, welche die Verbrechen voranbringt.

Gut zusammenfassend, wie die Welt, besonders der Teil außerhalb der NATO-Medien-Blase, Deutschland sieht, dürfte ein Tweet von Tarik Cyril Amar sein (8):

„...Aber schauen Sie sich doch mal den Verlierer Deutschland an. So stolz darauf, sich seiner Vergangenheit zu stellen, und doch ein weiteres totales Versagen bei Israels Gaza-Völkermord. Ich schätze, es gibt so viele Wege ins Verderben, wie es Feiglinge und Idioten gibt.“

Quellen und Hinweise

Der Autor twittert zu tagesaktuellen Themen unter https://twitter.com/jochen_mitschka

1. <https://www.indianpunchline.com/germany-swims-or-sinks-with-nato/>
2. <https://www.politico.eu/article/germany-scholz-afd-politics-economy-merkel/>
3. <https://www.anti-spiegel.ru/2024/der-aufruf-der-cdu-zum-krieg-gegen-russland/>
4. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/103/2010379.pdf>
5. <https://www.anti-spiegel.ru/2024/wie-in-russland-ueber-die-muenchner-sicherheitskonferenz-berichtet-wird/>
6. <https://jomenschenfreund.blogspot.com/2016/08/verrat-am-geist-des-grundgesetzes.html>
7. <https://apolut.net/angewidert-ist-untertrieben-von-jochen-mitschka/>
8. <https://twitter.com/TarikCyrilAmar/status/1761977549536595978>
9. <https://korybko.substack.com/p/aaron-bushnells-self-immolation-was>

+++

Dank an den Autor für das Recht zur Veröffentlichung dieses Beitrags.

+++

Bildquelle: Victor Moussa/ shutterstock